



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 251.19 / 13.06.2019

Kein Ankerzentrum à la Seehofer in Schleswig-Holstein

Zur dpa-Nachricht über Verwaltungszentren sagt die Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Eka von Kalben**:

Wir haben in Jamaika eine klare Abmachung, dass wir kein Ankerzentrum à la Seehofer haben werden, bei der alle Verfahren zusammengeführt werden bis hin zu Verwaltungsgerichten, die an die Erstaufnahme angedockt werden sollen. Das sieht das Verwaltungsabkommen explizit nicht vor und hätten wir Grüne auch nicht mitgetragen, da die Justiz in ihrer Unabhängigkeit beschnitten würde. In Schleswig-Holstein werden die Kompetenzen in der Erstaufnahmeeinrichtung lediglich gebündelt. Es wird nichts Neues gebaut, wie von Seehofer suggeriert.

In Schleswig-Holstein haben wir bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster viele Akteure, die Hand in Hand vor Ort arbeiten, weshalb keine wesentliche Veränderung bevorsteht. Als Jamaika-Koalition haben wir außerdem im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Erstaufnahmeeinrichtung weiter konzipiert wird, im Sinne der Mitarbeiter*innen und Geflüchteten vor Ort. Dieser Prozess ist hiermit nicht abgeschlossen.

Die migrationspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Aminata Touré**, fügt hinzu:

Der Bund hat bereits signalisiert, dass er den Ländern ca. 30 Prozent der Mittel für Geflüchtete streichen wird. Das bedeutet allein für Schleswig-Holstein 40 Millionen Euro weniger für Integration. Das ist eine fatale Entscheidung. Deshalb können wir gut nachvollziehen, dass Minister Grote sich auf den Weg gemacht hat, um durch das Verwaltungsabkommen Wegweiser- und Erstorientierungskurse für alle ankommenden Men-

schen durch den Bund zu finanzieren und zu ermöglichen, die Sprache zu lernen. Auch die Asylverfahrensberatung ist ein wichtiger Punkt, der dann für die Betroffenen hilfreich ist, wenn sie von Beratungsstellen angeboten werden.
